



Erika Mann



Sozialdemokratische Fraktion im
Europäischen Parlament (SPE)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

ASP 12 G 342

B-1047 BRÜSSEL

TEL: +32 2 284 5191

FAX: +32 2 284 9191

Email:

erika.mann@europarl.europa.eu

EUROPABÜRO

ODEONSTR. 15/16

D-30159 HANNOVER

TEL: +49 511 1674 268

FAX: +49 511 1674 263

[Europabuero-](mailto:Europabuero-erika.mann@spd.de)

erika.mann@spd.de

Newsletter April 2009

Liebe Leserinnen und Leser,

auch in dieser Ausgabe will ich Sie über die jüngsten Entscheidungen aus dem Europäischen Parlament und über wichtige politische Ereignisse informieren.

Ich freue mich über Ihre Anregungen und Fragen und stehe Ihnen wie immer zur Verfügung.

Ihre Erika Mann

Im Fokus:

Regierungskrise in Tschechien

Maßnahmen gegen die Finanz- und Wirtschaftskrise - G20 Länder verabschieden Aktionspaket

Weiterer Inhalt:

Wirtschaft und Finanzen

Innere Angelegenheiten

Internationales und Außenhandel

Arbeit und Soziales

Telekommunikation

Umwelt und Klima

Forschung

Niedersachsen

Interessante Informationen

IM FOKUS

Regierungskrise in Tschechien

Am 24. März 2009 sprach das tschechische Parlament dem Ministerpräsidenten Mirek Topolánek das Misstrauen aus. Das Votum erfolgte nach Topoláneks Eingriff in die Berichterstattung eines Subventionsskandals. Einer der wichtigsten Unterstützer der Minderheitenregierung im Parlament, ein parteiloser Abgeordneter, soll staatliche Subventionen veruntreut haben. Als Medien darüber berichten wollten, schickte der Ministerpräsident seinen engsten Berater in die Redaktion, um die Berichterstattung zu stoppen. Tschechien hält noch bis 30. Juni 2009 die EU - Ratspräsidentschaft inne. Bis dahin wird eine Beamtenregierung kommissarisch den EU- Vorsitz weiterführen.

Einige ausgewählte Hintergrundinformationen über die Regierungskrise in Tschechien finden Sie hier:

[Bei Ernennung des tschechischen Ministerpräsidenten herrscht Pessimismus](#), Euractiv, 10.04.2009

[Porträt über den Interims-Premier Jan Fischer](#), dw-world, 09.04.2009

[Tschechische Ratspräsidentschaft gerät zu "peinlicher Komödie"](#), Hans-Jörg Schmidt, Die Welt, 02.04.2009

[Interview mit dem tschechischen Außenminister Schwarzenberg](#), Die Welt, 29.03.2009

[Länderbericht der Konrad-Adenauer-Stiftung](#), Konrad-Adenauer Stiftung, 25.03.2009

[Dossier zur Tschechischen Ratspräsidentschaft](#), Spiegel Online

Maßnahmen gegen die Finanz- und Wirtschaftskrise - G20 Länder verabschieden Aktionspaket

Die 20 stärksten Industrie- und Schwellenländer einigten sich am 2. April 2009 in London auf eine [neue Weltfinanzordnung](#). Eine schärfere Bankenaufsicht und Sanktionen gegen Steueroasen sind zentrale Ziele. Der Weltfinanzgipfel beschloss zudem Hilfen in Höhe von 1,1 Billionen Dollar (rund 821 Milliarden Euro). Diese werden den von der Krise hart betroffenen Ländern über mehrere Wege bereitgestellt (über Internationalen Währungsfonds, Weltbank). Für die Märkte wird ein Frühwarnsystem entwickelt, für große, international tätige Banken entstehen gesonderte Aufsichtskollegien. Die Staats- und Regierungschefs beschlossen weiter, dass Aufsichtsbehörden von Finanzmärkten und Notenbanken zukünftig präventiver arbeiten müssen. Auch die Regeln für die Finanzmärkte werden reformiert. Hedge-Fonds sollen registriert und Managergehälter kontrolliert werden.

Bereits am 19. und 20. März hatten die 27 europäischen Staats- und Regierungschefs ihren [Forderungskatalog](#) für den G20 Gipfel festgelegt. Die zentrale Schlüsselrolle in der weltweiten Finanzarchitektur sollte aus Sicht der EU der Internationale Währungsfonds (IWF) übernehmen. Auch die EU-Finanzminister hatten sich bereits am 10. März 2009 auf ihrem Ecofin-Treffen in Brüssel auf [europäische Richtlinien](#) für den Londoner Gipfel geeinigt. Vorschläge, wie das Vertrauen in die Finanzmärkte wieder gestärkt werden kann, veröffentlichte die Europäische Kommission am 4. März 2009 ([Communication for the Spring European Council – Driving European Recovery](#)). Eine Gruppe von Finanzexperten hatte zuvor unter Vorsitz von Jacques de Larosière [31 detaillierte Empfehlungen](#) zur Stärkung und Überwachung der europäischen Finanzmärkte und –institutionen abgegeben.

[Final reports from the G20 working groups](#), G-20, United Kingdom 2009

[Serie zum G20-Gipfel: Wie sich einzelne Länder positionieren](#), WirtschaftsWoche, 30.03.09

Weitere Informationen zu den Prioritäten der deutschen Bundesregierung und des Europäischen Parlament finden Sie auf Erika Manns [Webseite](#).

Vor dem Weltfinanzgipfel der G20 in London tagte am 30. und 31. März in Brüssel der

[Gemischtparlamentarische Ausschuss EU-Mexiko](#) unter der Leitung von **Erika Mann**. Weil Mexiko das wichtigste Brückenland zwischen Lateinamerika und der westlichen Welt ist, sollte dieses Potenzial gerade in der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise nicht vernachlässigt werden. Erika Mann fordert deshalb, gemeinsam mit den Vertretern des mexikanischen Parlaments (aus Abgeordnetenhaus und Senat), Mitspracherechte bei internationalen Finanzinstitutionen wie Weltbank und Internationaler Währungsfonds. Mexiko hat mehrfach seine Sonderfunktion unter den lateinamerikanischen Staaten für die westliche Welt bewiesen. Diese Leistung sollten nun auch entsprechend honoriert werden. Lesen Sie mehr zum VIII. Treffen des Gemischt Parlamentarischen Ausschusses EU-Mexiko [hier](#).

WIRTSCHAFT UND FINANZEN

Europäische Zentralbank senkt Leitzins wie erwartet von 2% auf 1.5%

Der [EZB-Rat](#) beschloss am 5.März 2009 die Senkung des Leitzinses auf den niedrigsten Wert seit Bestehen des Euro. [EZB-Präsident Trichet](#) schließt weitere Senkungen nicht aus. Hintergrund sind die sich weiter verschlechternden Wirtschaftserwartungen und ein anhaltender Rückgang der Inflation. Durch den niedrigeren Zinssatz sollen Anreize für die Bürger zu mehr Konsum und weniger Sparen gesetzt werden. Die [EZB](#) geht von einem negativen Wachstum des BIP im Eurogebiet (- 2.2 bis -3.2%) in 2009 und einem Wert zwischen -0.7% und +0.7% in 2010 aus. Die Inflation wird mit 0.1 bis 0.7% in 2009 und 0.6 bis 1.4% in 2010 veranschlagt. Im Dezember war mit einer wesentlich geringeren Wirtschaftsabschwächung in 2009 (-1.0 bis 0.0 Wachstum) und einem deutlichen Aufschwung in 2010 (0.5 bis 1.5%) gerechnet worden.

[Pressemitteilung](#) der EZB, 5.März 2009

Binnenmarkt bleibt Eckpunkt der Europäischen Union

In einer [Stellungnahme](#) für den Europäischen Rat am 19. und 20.März 2009 bekannten sich die EU-Wirtschaftsminister uneingeschränkt für eine Stärkung des Binnenmarktes, gerade in Zeichen der Finanz- und Wirtschaftskrise. Um die Krise zu bewältigen, kommt es vor allem darauf an, den Wettbewerb in besonders wichtigen Sektoren zu verbessern. Große Bedeutung kommt der rechtzeitigen Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie mit der Einführung einheitlicher Ansprechpartner und elektronischer Verfahren zu. Ein wichtiger Indikator für die Effektivität des Binnenmarktes ist das Verbraucherverhalten, das im zweiten [Verbraucherbarometer](#) analysiert worden ist. Ein wichtiger Indikator für den Binnenmarkt ist auch der [Binnenmarktanzeiger](#) der EU-Kommission.

Rezession wirft Europa bei den Lissabon-Kriterien weit zurück

Die Rezession bremst Europa aus. Nur noch sechs der 14 größten EU-Staaten erfüllen die selbst gesteckten Wachstums- und Beschäftigungsziele der EU, die so genannten Lissabon-Kriterien, auf die sich Staats- und Regierungschefs im Jahr 2000 geeinigt hatten. Deutschland rutscht dabei auf Platz neun ab. Das geht aus dem aktuellen "[Europäischen Wachstums- und Beschäftigungsmonitor](#)" des Versicherungskonzerns [Allianz](#) und des [Think Tanks Lisbon Councils](#) hervor, der jährlich die Fortschritte des Lissabon-Prozesses misst. 2007 hatten noch alle Staaten mit Ausnahme Italiens die Lissabon-Ziele erreicht. Der Beschäftigungsmonitor misst anhand von sechs Kriterien, unter anderem dem Wirtschaftswachstum oder den Staatsfinanzen, die Fortschritte der einzelnen Länder.

Kein Protektionismus bei Hilfen für Automobilindustrie

In einer [Entscheidung](#) bestätigten die EU-Wirtschaftsminister die bisherige Linie der EU, wonach die Verantwortung für die Krisenbewältigung in der Automobilindustrie in erster Linie der Industrie selbst obliege. Hierzu gehörten der Abbau von Überkapazitäten und die Umstellung auf innovative und umweltfreundliche, aber auch preiswerte Fahrzeuge. Unterstützende Maßnahmen

auf der Ebene der EU oder der Mitgliedstaaten müssten unter Beachtung des Gemeinschaftsrechts ergriffen werden.

Kommission und Europäische Investitionsbank werden auf dem Frühjahrsgipfel am 19. und 20. März 2009 neue Vorschläge zur Überwindung des Mangels an Liquidität unterbreiten. Im Februar 2009 hatte sich der [VW-Chef Winterkorn](#) an die Öffentlichkeit gewandt und die Pläne der französischen Regierung zu Hilfen für die Automobilindustrie scharf kritisiert.

Zur Krise in der europäischen Automobilindustrie

Das Europäische Parlament verabschiedete am 25. März 2009 eine [fraktionsübergreifende Resolution](#), in der schnelle Soforthilfen und nachhaltige Umstrukturierungen gefordert werden. Darüber hinaus sollen der Ministerrat und die EU-Kommission die finanzielle Unterstützung für die Automobilindustrie beschleunigen, vereinfachen und aufstocken. In **Niedersachsen** hängen 120.000 Arbeitsplätze unmittelbar von der Automobilindustrie ab. Volkswagen meldete 2008 trotz der Wirtschaftskrise zwar eine Gewinnsteigerung um drei Prozent auf 6,3 Milliarden Euro; im Januar 2009 brach der Absatz allerdings um 20 Prozent ein und rund 1650 Leiharbeiter wurden entlassen.

[EU hilft beim Kampf gegen die Krise im Automobilsektor](#), Pressemitteilung der Kommission vom 25.02.2009

Anhänge der Kommissionsmitteilung:

- Annex 1: [Conclusions of the CARS 21 Mid-Term Review](#)

- Annex 2: [Inventory of State aid instruments](#)

- Annex 3: [Guidelines for Scrapping Schemes](#)

[Fazit des Rats zur Automobilindustrie \(englisch\)](#)

[Memo zur Lage der europäischen Automobilindustrie](#) vom 25.02.2009

[Rede des Vize-Präsidenten der Kommission Günter Verheugen \(englisch\)](#) vom 20.01.2009

INNERE ANGELEGENHEITEN

Geringe Beteiligung an Europawahlen 2009

Nach der für das [Spezial-Eurobarometer](#) über die "Europawahlen 2009" (zwischen dem 25. März und dem 4. Mai 2008) durchgeführten Befragung wussten nur 16% der Europäer, dass die Wahlen in 2009 statt finden. 51% der Befragten erklärten, an den Wahlen kein Interesse zu haben. 30% der Europäer wollen wählen, während 14% den Urnen fern bleiben wollen. In einem schwierigen wirtschaftlichen Kontext möchten die Europäer, dass die Themen Arbeitslosigkeit (47%), Wirtschaftswachstum (45%) und Inflation (41%) im Vordergrund stehen. Bei den letzten Europawahlen im Juni 2004 lag die Wahlbeteiligung bei 47,63%. 1999 betrug sie 49,51% und im Jahr 1979 noch 62%.

Umfassende Informationen über die Europawahl 2009 sind auf der Internetseite des [EIZ-Niedersachsens](#) zu finden.

Besserer Verbraucher- und Jugendschutz bei Glücksspielen im Internet

Der Markt für Online-Glücksspiele in Europa wächst jährlich zwischen 8,4 und 17,6%; bereits 5% der Umsätze im Glücksspiel werden durch das Online-Glücksspiel erwirtschaftet. Dabei finden immer mehr Jugendliche online einen immer leichteren Zugang zu Glücksspielen. Das Europäische Parlament hat sich deshalb für einen besseren Verbraucher- und Jugendschutz bei Online-Glücksspielen ausgesprochen. Der entsprechende Bericht fordert einen besseren Jugendschutz, wirksamere Alterskontrollen, ein Verbot für Minderjährige, sich an freien Demospielen im Internet zu beteiligen, Maßnahmen gegen aggressive Werbe- und Marketingmaßnahmen von staatlichen und privaten Online-Glücksspiel-Betreibern und eine Decklung der Ausgaben die eine Person für Glücksspiel im Monat ausgeben darf.

In Deutschland verbietet seit dem 1. Januar 2008 der [Glücksspielstaatsvertrag](#) Internet-Glücksspielangebote.

[Bericht](#) von Christel Schaldemose über die Integrität von Online-Glücksspielen [Pressemitteilung](#) des Parlaments, 10. März 2009

INTERNATIONALES UND AUßENHANDEL

Kommission erarbeitet Programm für Transatlantischen Wirtschaftsrat

Für die Sitzung des Wettbewerbsrates am 5. März 2009 legte die Kommission ein [Positionspapier](#) mit Prioritäten für die weitere Arbeit des Transatlantischen Wirtschaftsrates unter der neuen US-Regierung vor. Nachdem von amerikanischer Seite Michael Froman als neuer Vorsitzender des TEC ernannt worden ist, soll nun ein mittel-langfristiges Arbeitsprogramm erarbeitet werden. Bei ihrem nächsten Zusammentreffen, das Ende Mai/Anfang Juni geplant ist, soll das Arbeitsprogramm förmlich verabschiedet werden.

Erika Mann ist Mitglied des [Transatlantischen Wirtschaftsrates](#) (TEC) und wird sowohl am nächsten Treffen des TEC als auch am nächsten EP/US Congress Interparlamentarischen Treffen Ende April in Prag teilnehmen.

Wann immer es geht, hat **Erika Mann** dabei auch niedersächsische Interessen im Blickfeld. Die transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen sind für **Niedersachsen** enorm wichtig, wo insgesamt ca. 44.000 Industrie-Arbeitsplätze in US-Konzernen angesiedelt sind. Das macht ca. 8,5% aller Industriearbeitsplätze in **Niedersachsen** aus. Darüber hinaus sind andere Themen des Transatlantischen Wirtschaftsrates für **Niedersachsen** unmittelbar relevant, so zum Beispiel die Sicherheit im Containerbereich. Die Hafenstandorte in Nord-Deutschland werden in einem erheblichen Ausmaß von einem amerikanischen Gesetz betroffen sein, welches ein 100%-Screening von Containern ab dem Jahr 2013 verlangt, die nach Amerika verschifft werden. Hierfür eine praktikable Lösung zu finden, wird Teil der Agenda des Transatlantischen Wirtschaftsrates sein.

Mehr Informationen dazu finden Sie [hier](#).

ARBEIT UND SOZIALES

Frauen verdienen weiterhin weniger als Männer

Zum [Internationalen Frauentag](#) am 8. März 2009 präsentierte [Eurostat](#) neuste Erhebungen [geschlechtsspezifischer Daten](#). Danach steigt der Anteil an Frauen bei Ärzten, Lehrkräften im Hochschulbereich und Managern. Über die Hälfte aller Hochschulstudenten sind mittlerweile Frauen. Im Jahr 2007 verdienten Frauen in den 27 Mitgliedsstaaten der EU im Durchschnitt jedoch 17,4% weniger als Männer. Die Mitgliedstaaten mit dem größten geschlechtsspezifischen Verdienstgefälle waren Estland (30,3%), Österreich (25,5%), die Tschechische Republik, die Niederlande und die Slowakei (alle 23,6%), Zypern (23,1%) und Deutschland (23,0%). Das geringste Verdienstgefälle wurde in Italien (4,4%), Malta (5,2%), Polen (7,5%), Portugal und Slowenien (je 8,3%) und Belgien (9,1%) registriert.

Chancengleichheit unter Frauen und Männern war auch Diskussionsthema beim [Tag der Offenen Tür](#) des **niedersächsischen** Landtags am 7. März 2009. Zusammen mit Bundesjustizministerin Brigitte Zypries und der Landtagsabgeordneten Ulla Groskurt diskutierte **Erika Mann** über Ursachen von und Maßnahmen gegen mangelnde Chancengleichheit.

Erika Mann ist stellvertretende Vorsitzende des Kuratoriums im bundesweit tätigen Verein "[Kompetenzzentrum Technik-Diversity-Chancengleichheit](#)", der sich für Chancengleichheit von Frauen engagiert und viele Initiativen auch in **Niedersachsen** unterstützt.

TELEKOMMUNIKATION

Roaming-Gebühren werden niedriger

Die Tarife für SMS und Datenroaming ins Ausland werden billiger: Durch Preisobergrenzen und einer Abrechnung nach Sekunden statt nach Minuten sollen Verbrauchern Kosten erspart werden. Dies wurde am 9.März 2009 im Industrieausschuss des Europäischen Parlaments abgestimmt.

Erika Mann ist Mitglied im Industrieausschuss und warnt, dass die seitens der Politik fest gelegte Preisuntergrenze zur realen Preisbarriere werden kann. Das Plenum des Europäischen Parlaments wird den Bericht endgültig Anfang Mai 2009 verabschieden.

Eine Pressemitteilung und Hintergrundinformationen finden Sie [hier](#) auf der Webseite von **Erika Mann**. Eine Videobotschaft von Erika Mann zum Thema Roaming-Gebühren finden Sie [hier](#). [Berichtsentwurf](#) von Adina-Ioana Vălean über über das Roaming in öffentlichen Mobilfunknetzen

Telekommunikationsindustrie: Aktueller Stand des Telekom-Pakets

Die Verhandlungen zwischen EU-Parlament, Europäischem Rat und Kommission zur Reform des EU-Rechtsrahmens für elektronische Kommunikationsnetze und -dienste (Telekom-Paket) dauern an. Seit Anfang des Jahres 2009 findet ein so genanntes vorgezogenes Vermittlungsverfahren (Trilog) zwischen Kommission, Ministerrat und Parlament statt, um einen Kompromiss zu finden. **Erika Mann** ist bei allen Trilog-Verhandlungen des Telekom-Pakets beteiligt. Im Binnenmarkt-Ausschuss (IMCO) wurde bereits am 31. März über die Universaldienstrichtlinie und die e-Privacy-Themen abgestimmt, trotzdem fanden weitere Trilogie statt. Der Industrie-, Technologie und Forschungsausschuss (ITRE) wird über den Rechtsrahmen, den Zugang, die Autorisierung und die Regulierung erst am 21. April abstimmen.

Problematisch für eine Einigung sind dabei unter Anderem die Regelungen zur Anreizregulierung für neue, schnelle Breitbandnetze; eine etwaige Erweiterung des Vetorechts der Kommission in Bezug auf die Entscheidungen nationaler Regulierungsbehörden im Rahmen der neu geschaffenen Körperschaft ("Body of European Regulators for Electronic Communications" (BEREC)); die Nutzung des Frequenzspektrums; die Beschränkung von Grundrechten durch Internetsperren und der Umgang von „ungesetzlichen Inhalten“ im Zusammenhang mit Urheberrechten; die Zugangsbeschränkung von Nutzern zu bestimmten Inhalten und Diensten; und der Vorratsdatenspeicherung von Unternehmen.

Das gesamte Paket, das aus insgesamt vier Berichten besteht, soll Anfang Mai im Plenum verabschiedet werden und am 12.Juni vom Ministerrat angenommen werden. Ende 2010 sollen die Richtlinien in nationales Recht umgesetzt werden.

Für eine genaue Erläuterung der kritischen Verhandlungspunkte, besuchen Sie **Erika Manns** [Webseite](#).

Radio Spectrum Policy Group (RSPG)

Am 11.Februar 2009 tagte das Beratergremium der Kommission für Frequenzpolitik, die so genannte "Radio Spectrum Policy Group". Sie unterstützt und berät die Kommission bei der Koordinierung der politischen Ansätze in frequenzpolitischen Fragen sowie bei Maßnahmen, die für die Errichtung eines harmonisierten europäischen Binnenmarktes notwendig sind. Deutschland wird in diesem Gremium durch das Bundeswirtschaftsministerium vertreten. Auf der

ganztägigen Sitzung wurde eine Stellungnahme zur öffentlichen Nutzung von Frequenzen, zur digitalen Dividende (mehr Informationen dazu finden Sie [hier](#)) und zu Breitband angenommen.

Die Sitzungspapiere sind zu finden [hier](#).

UMWELT UND KLIMA

Keine Einigung im Rat über Reduzierung von Industrieemissionen

Im Dezember legte die Europäische Kommission einen Vorschlag zur Revision der [IVU-Richtlinie](#) („Integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung“) vor. Am 2.März 2009 stimmte der Rat nicht dem am 22.Januar 2009 im Umweltausschuss des Europäischen Parlaments vorgeschlagenen Sicherheitsnetzes von Emissionsgrenzwerten zu. Die Stellungnahme des EP- Plenums wird für den 12.März 2009 erwartet. Mit einer Einigung in erster Lesung ist nicht zu rechnen. In Niedersachsen ist die [Gewerbeaufsicht](#) für die Umsetzung der Richtlinie zuständig.

Intelligent Energy Europe

Das [Intelligent Energy - Europe](#) Programm fördert Maßnahmen, die zu einer besseren Energieeffizienz und verstärkten Nutzung neuer und erneuerbarer Energien und damit zur Erreichung der Ziele der EU beitragen sollen. Ende März wird eine neue Projektausschreibung eröffnet und Projekte müssen voraussichtlich bis Ende Juni eingereicht werden. Um förderfähig zu sein, müssen Projekte europäischer Natur sein (das heißt Relevanz für und Einbeziehung von Kommunen weiterer EU-Länder), mindestens drei Partner aus drei verschiedenen Ländern umfassen, und einen klaren Bezug zu den relevanten EU Energie- und Klimaschutzpolitiken haben. Unterlagen und Formulare, die zur Antragstellung benötigen werden, können Sie jetzt auf der [Webseite des Programms](#) finden. Für spezifische Fragen können Sie sich [direkt](#) mit den zuständigen Ansprechpartnern in Verbindung setzen. Darüber gibt es auch eine Förderung durch Programme wie [LIFE](#) oder [INTERREG](#).

Erstes Treffen der Benchmarking Arbeitsgruppe

Wie im letzten Newsletter bereits angekündigt, hat **Erika Mann** eine Benchmarking-Arbeitsgruppe zusammengestellt. Ziel dieser Expertengruppe ist es, einen Vorschlag für ein international anwendbares, Branchen-, Sektor- und Standort- spezifisches Benchmarking-System zu erarbeiten. Ein erstes Treffen fand am 17.März 2009 im Europäischen Parlament statt, bei dem Vertreter verschiedener Industrien (Stahl, Chemie, Glas, Zement) ihre sektor-spezifischen Benchmarking-Modelle vorstellten. Dabei tauchten viele Gemeinsamkeiten auf, es wurden jedoch auch sektor-spezifische Besonderheiten der einzelnen Branchen identifiziert. Im Nachgang zu diesem ersten Gedankenaustausch führte **Erika Mann** bereits erste Gespräche (und wird diese Ende April fortsetzen) mit Vertretern der amerikanischen energie-intensiven Industrie.

Hintergrund dieser Initiative sind die Verhandlungen über die Zuteilungsrechte von CO₂-Ausstoß an energie-intensive Unternehmen. Das Europäische Parlament verabschiedete im Dezember 2008 ein umfangreiches Energie -und Klimapaket, das mittlerweile vom Ministerrat angenommen wurde. Damit sollen auf EU-Ebene die gemeinsamen Ziele zur Reduktion klimaschädlicher Treibhausgase erreicht werden. EU-weit soll bis zum Jahr 2020 eine 20%-ige Reduktion der Treibhausgase erfolgen, außerdem soll der Anteil der erneuerbaren Energien bis zum Jahr 2020 auf 20% gesteigert werden. Teil des Pakets ist unter Anderem eine Gesetzgebung zum Handel mit Treibhausgas-Emissionszertifikaten.

Um das Problem zu klären, wie eine Zuteilung vor dem Hintergrund des internationalen Wettbewerbs und auf Basis eines internationalen Benchmarkmodells fair gestaltet werden kann, gründete Erika Mann die Expertenrunde von Vertretern energieintensiver Branchen.

FORSCHUNG

Europäisches Programm zur Metrologieforschung

Im [Rat Wettbewerbsfähigkeit am 6.März 2009](#) erinnerte die Kommission nochmals daran, wie wichtig gemeinsame Maßnahmen der Mitgliedstaaten und der Gemeinschaft in der Metrologieforschung sind, um eine moderne, an konkreten Herausforderungen orientierte Forschungspolitik zu schaffen. Die Physikalisch-Technische Bundesanstalt in Braunschweig (PTB) strebt seit Jahren die Möglichkeit der Europäisierung der Metrologieforschung an. Diese von der PTB ausgehende Initiative hat **Erika Mann** seit vielen Jahren erheblich gefördert. Das Ergebnis ist ein Vorschlag der Europäische Kommission für ein europäisches Metrologieforschungsprogramm (European Metrology Research Programme, EMRP), welches mit über 200 Mio. Euro gefördert werden soll. **Erika Mann** ist als Berichterstatterin des Europäischen Parlamentes für den Vorschlag der Kommission ernannt worden. Der Bericht wurde bereits im Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie abgestimmt und soll Ende April vom Plenum verabschiedet werden.

[Übermittlungsvermerk der Kommission](#)

[Vorschlag der Kommission](#)

[Bericht von Erika Mann](#) zu Europäischen Metrologieforschungsprogramm

Hochleistungsbatterien

Im Wettbewerbsrat der Europäischen Union am 5.März 2009 wurden die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf Forschung und Entwicklung (FuE) der Autoindustrie besprochen. Jedes Jahr werden in Deutschlands Autoindustrie rund 18 Milliarden Euro für die Erforschung von Innovationen ausgegeben, rund ein Drittel der Forschungsausgaben der gesamten deutschen Industrie. Als Schlüsseltechnologie im Autobau gelten Hochleistungsenergiespeicher, wie Lithium-Ionen-Batterien und Supercaps. Letztere speichern die Energie, anders als Batterien, nicht über chemische, sondern über physikalische Vorgänge. Innovationen in der Energiespeicherforschung werden darüber entscheiden, wie sich der internationale Automarkt aufteilt. Schon in wenigen Jahrzehnten könnte reinen Elektroautos die Straße gehören.

Bislang liegt die deutsche und europäische Batterieentwicklung weit hinter der Konkurrenz aus Japan, China und Südkorea zurück.

Das deutsche Forschungsministerium will in vier Jahren 60 Millionen Euro über das Projekt „[Lithium-Ionen-Batterie-LIB 2015](#)“ investieren. **Erika Mann** erachtet dies als viel zu wenig. Gerade jetzt in der Krise brauchen wir einen wirklichen Aufbruch in dieser Technologie, einen Neuanfang, bei dem Europa seine Forschungsstärke beweisen sollte.

Die im Dezember 2008 gegründete [strategische Allianz](#) zur Entwicklung und Fertigung von Lithium-Ionen-Batterien zwischen Evonik und Daimler zielt in die richtige Richtung. Vor allem weil beide Konzerne die Forschung, Entwicklung und Produktion von Batteriezellen und Batteriesysteme in Deutschland realisieren wollen. Vorbildhaft für Europa ist zudem ein [Industriekonsortium](#) mit den deutschen Unternehmen Volkswagen, BASF, Bosch, Evonik Degussa, STEAG Saar Energie und Li-Tec, das in den nächsten Jahren 360 Millionen Euro in die Forschung und Entwicklung von Lithium-Ionen-Batterien investieren will.

Die Entwicklung von Lithium-Ionen-Batterien war auch Thema auf dem [Technischen Kongress](#) des Verbands der Automobilindustrie am 25. und 26. März 2009 auf dem MobileLifeCampus der AutoUni in Wolfsburg.

"Volkswagen treibt Entwicklung von Lithium-Ionen-Batterien für Automobile voran", [Pressemitteilung](#) der Volkswagen AG, 5.November 2007

Zukunft Bau: FUCON® startet zweite Forschungsphase

Forschen für das Bauen der Zukunft - das ist das Ziel des Innovationsnetzwerks FUCON® (Future CONstruction) der Fraunhofer Gesellschaft. Ziel des Netzwerks ist die Erarbeitung tragfähiger Konzepte und Lösungen für die Bauwirtschaft von morgen. Im März 2009 beginnt nun die zweite Forschungsphase, die die Zukunftsentwicklung der Bauwirtschaft, den Einfluss neuer Technologien und Prozesse und die Konsequenzen globaler Trends auf die Bauwirtschaft erforscht. Nach der ersten 18-monatigen Projektphase des Innovationsnetzwerks steht fest: Das herkömmliche Bauen von heute muss und wird sich ändern, um Ansprüchen von Investoren und Nutzern in wirtschaftlicher, ökologischer und gestalterischer Hinsicht gerecht zu werden.

Mehr Informationen finden Sie auf der Webseite des Innovationsnetzwerkes [FUCON®](#).

NIEDERSACHSEN

Max-Planck Gesellschaft zu Gast in der Landesvertretung

Am 11. Februar 2009 hat das [Göttinger Max-Planck Institut für Dynamik und Selbstorganisation](#) zusammen mit dem [Hamburger Institut für Meteorologie](#) seine Forschungsarbeit zur Wolkenentwicklung in der [Niedersächsischen Vertretung in Brüssel](#) vorgestellt. Exakte Aussagen über die Wolkenentwicklung in den kommenden Jahrzehnten können entscheidend dazu beitragen, die Rechenmodelle zur Erderwärmung zu präzisieren.

Klimaschutzbroschüre veröffentlicht

Die NBank und die [Unternehmerverbände Niedersachsen](#) veröffentlichten eine gemeinsame [Broschüre](#). "Aktuelle Energie- und Klimaschutzprogramme" informiert über alle Förderungen von Land, Bund, Europäischer Union oder anderen Institutionen, mit denen in **Niedersachsen** zur Verminderung des CO₂-Verbrauchs beigetragen werden kann.

INTERESSANTE INFORMATIONEN

Was macht die EU? Gesamtbericht über die Tätigkeit der Europäischen Union 2008

Die EU-Kommission hat den [Gesamtbericht](#) über die Tätigkeit der Europäischen Union veröffentlicht. Zu den wichtigsten Ereignissen des vergangenen Jahres zählen die internationale Finanzkrise, der Klimawandel und mehrere internationale Konflikte, auf die die Union reagieren musste. Auf institutioneller Ebene war das Jahr 2008 geprägt durch die im Frühjahr durch das irische „Nein“ gebremste Ratifizierung des Vertrags von Lissabon. Lesen Sie mehr über die Tätigkeiten der EU [hier](#).

TelematikCity – Intelligente Mobilität für Ballungsräume

Der zunehmende Verkehr in Ballungsräumen stellt Stadt- und Infrastrukturplaner vor immer größere Herausforderungen. Stau, Lärm, Sicherheitsrisiken und Parkplatzschwierigkeiten fordern neue Lösungsansätze. Diese neuen Informations-, Kommunikations- und Leittechnologien im Verkehr werden unter dem Begriff der "Verkehrstelematik" zusammengefasst.

In diesem Zusammenhang lädt das Fraunhofer IAO zum Forum »TelematikCity« am Dienstag, 7. April 2009 in das Institutszentrum der [Fraunhofer-Gesellschaft](#) (IZS) Stuttgart ein. Dabei sind Fach- und Führungskräfte aus den Bereichen Stadt- und Infrastrukturplanung, Telematikdienste und -systeme, Verkehrssysteme, Fahrzeuge und mobile Systeme dazu eingeladen, Einfluss und Gestaltungsfaktoren der Mobilität in Ballungsräumen zu diskutieren sowie Potenziale und Entwicklungsperspektiven im Bereich Telematik anhand neuester wissenschaftlicher Erkenntnisse und erfolgreich umgesetzter Beispiele kennenzulernen.

Mehr Informationen finden Sie [hier](#).

Deutsche Bank Research Newsletter

Die Deutsche Bank Research ist ein Think Tank für Trends in Wirtschaft, Gesellschaft und Finanzmärkten. Der Newsletter "Aktuelle Themen" behandelt Themen aus den Gebieten Wirtschaft und Gesellschaft von grundsätzlicher, über das Tagesgeschäft hinausgehender Bedeutung. Aktuelle Schwerpunkte der Reihe sind unter anderem globale Wachstumszentren, Fragestellungen und Probleme im Zusammenhang mit der demografischen Entwicklung weltweit und die wachsende ökonomische und politische Bedeutung Chinas bzw. Indiens. Auf der Webseite von [Deutsche Bank Research](#) kann der Newsletter abonniert werden.

Besuchen Sie www.erikamann.com

Unter vielen anderen Beiträgen finden Sie diese neuen Updates:

Interessante Informationen zur [Europawahl](#) am 7.Juni 2009

Erika Mann zur [Zukunft der Werften in Norddeutschland](#)

Erika Manns Treffen mit der [US-Außenministerin Hillary Clinton](#) bei ihrem Besuch im Europaparlament

Arbeitsschwerpunkte von Erika Mann:

Handelspolitik, insbesondere Verhandlungen im Rahmen der Welthandelsorganisation, Beziehungen EU - Mexiko und transatlantische Beziehungen (EU - USA, EU – Kanada), Informationsgesellschaft (elektronischer Geschäftsverkehr, Urheberrecht, Internet) und Telekommunikationspolitik, und Forschungspolitik.